



Manfred Grund MdB ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und u.a. Länderbeauftragter des Bundestages für die Republik Moldau.



Dr. Dr. Hans Martin Sieg ist Referent für Außen- und Sicherheitspolitik von Manfred Grund MdB und Lehrbeauftragter der Freien Universität Berlin und der Universität Passau.



Dr. Kristin Wesemann ist Expertin für Hochschulinternationalisierung und Beamtenfortbildung an der Verwaltungsakademie des Präsidenten der Ukraine in Odessa.

TRANSNISTRIEN UND DIE KÜNFTIGE SICHERHEITS-ARCHITEKTUR IN EUROPA

Manfred Grund / Hans Martin Sieg / Kristin Wesemann

Die Auseinandersetzungen um die von der Republik Moldau abgespaltene Region Transnistrien¹ standen lange im Schatten anderer Konflikte im euroatlantischen Raum. Die schwelenden Konflikte um Abchasien und Südossetien galten schon vor dem Georgienkrieg 2008 als brisanter, und auch der Streit um Berg-Karabach ist eskalations-trächtiger. Weil der Transnistrienkonflikt jedoch weniger von ethnischen Spannungen geprägt ist, ließe er sich vergleichsweise einfacher lösen. Zudem hat er inzwischen auch an strategischer Bedeutung gewonnen, weil seine Lösung weitreichende Auswirkungen auf die künftige Gestaltung der Sicherheitsarchitektur in Europa haben könnte. So haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Dmitri Medwedew bei ihrem Treffen in Meseberg im Juni 2010 ein gemeinsames Vorgehen von EU und Russland zur Lösung des Konfliktes vorgeschlagen – und in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines gemeinsamen sicherheitspolitischen Komitees (EU-R-PSK) auf Ministerebene.² Transnistrien ist damit zum Testfall für die künftige Zusammenarbeit mit Russland geworden.

Transnistrien hatte sich im Zuge der Auflösung der Sowjetunion von der Republik Moldau abgespalten. Den kurzen, aber blutigen Bürgerkrieg von März bis Juli 1992 beendete das Eingreifen der russischen 14. Armee auf transnistrischer Seite. Seither unterhält Russland eine Militär-

1 | Zur geographischen Lage Transnistriens vgl. die Karte im Beitrag von Anna Stemmer in dieser Ausgabe auf S. 43.

2 | Memorandum (Treffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Dmitri Medwedew am 4. und 5. Juni 2010 in Meseberg), http://bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-06-07-meseberg-memorandum-deutsch.pdf [18.08.2011].

präsenz in Transnistrien. Verhandlungen über eine Konfliktlösung begannen unter dem Dach der OSZE zunächst in einem Format, an dem neben den beiden unmittelbar betroffenen Seiten Chişinău und Tiraspol auch die OSZE, Russland und die Ukraine teilnahmen. Russland, das hier dominierte, legte zur Lösung des Konflikts 2003 den so genannten Kozak-Plan vor, der die russische Truppenpräsenz bis 2020 verlängert und Transnistrien weitgehende Vetorechte in einem moldauischen Bundesstaat eingeräumt hätte. Damit wären jedoch nicht nur die außenpolitischen Möglichkeiten Moldaus beschnitten, sondern auch die Funktionsfähigkeit des Gesamtstaates infrage gestellt worden. Unterstützt von EU und USA wies die moldauische Regierung dieses Konzept zurück. Daraufhin traten Brüssel und Washington den seither so genannten 5+2-Verhandlungen als Beobachter bei. Doch die Bemühungen um die Lösung des Konflikts waren damit auch in eine Sackgasse geraten. 2006 kam es zum Abbruch der formellen 5+2-Verhandlungen. Erst das Meseberger Memorandum hat zu ihrer Wiederaufnahme geführt.

Das Meseberger Memorandum hat den Bemühungen um eine Konfliktlösung auch darüber hinaus eine neue Dynamik verliehen. Zwischen den einzelnen an den 5+2-Verhandlungen unmittelbar beteiligten Seiten und Deutschland haben sich die Gespräche deutlich intensiviert. Auch die im Unterschied zu den formellen Verhandlungen nie abgerissenen informellen Gespräche im 5+2-Format – zuletzt im April in Wien – verliefen nunmehr erkennbar konstruktiver. Zudem haben sich die direkten Kontakte zwischen Chişinău und Tiraspol intensiviert und zu konkreten Fortschritten bei der Lösung praktischer Probleme geführt – so bei der Wiedereröffnung einer direkten Zugverbindung zwischen beiden Städten Anfang 2011. Formelle 5+2-Verhandlungen wurden am 21. Juni in Moskau wieder aufgenommen, blieben aber wegen fehlender Verhandlungsbereitschaft Tiraspols ergebnislos. Da die politischen Machtverhältnisse weder in Tiraspol noch in Chişinău geklärt sind, war dies auch nicht überraschend. Ein schneller Durchbruch ist jedoch nicht zu erwarten. Erst im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird sich zeigen, ob das Meseberger Memorandum zur Überwindung der grundsätzlichen Gegensätze zwischen den an den 5+2-Verhandlungen beteiligten Seiten führen kann.

STRATEGISCHE RELEVANZ DES TRANSNISTRIEN-KONFLIKTES

Da die Kompromissbereitschaft Tiraspols begrenzt ist, hat Russland eine Schlüsselrolle. Mit der Einladung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen hat Russland deutliche Erwartungen geweckt.

Da die Kompromissbereitschaft der gegenwärtigen Führung in Tiraspol eng begrenzt ist, hat Russland als Schutzmacht Transnistriens eine Schlüsselrolle. Mit dem Meseberger Memorandum und seiner Einladung zur Wiederaufnahme der formellen 5+2-Verhandlungen in Moskau hat Russland deutliche Erwartungen geweckt. Sollen die EU und Russland gemeinsame Ansätze für die Konfliktlösung entwickeln, würde dies von Moskau die Aufgabe früherer Positionen verlangen, wie sie im Kozak-Plan enthalten waren. Daher verbinden beide Seiten unterschiedliche Interessen mit dem Meseberger Memorandum. Nach russischer Lesart des Memorandums sollte es zunächst zu einer möglichst baldigen Einrichtung des EU-R-PSK kommen, in dem dann u.a. auch über den Transnistrienkonflikt gesprochen wird. Für Brüssel und Berlin hingegeben sind grundsätzliche Fortschritte bei einer Konfliktlösung die Voraussetzung für eine Einrichtung des EU-R-PSK.

Auch für Moskau ist die Lösung der Auseinandersetzung um Transnistrien jedoch von Interesse, weil das Land besser in die europäische Sicherheitsarchitektur eingebunden werden will. Das EU-R-PSK könnte hierfür ein geeignetes Instrument sein. Schon nach dem Georgienkrieg hatte Moskau dieses Interesse mit einem Entwurf für einen umfassenden Sicherheitsvertrag³ und einem Bericht kremlnaher Experten aus der Valdai-Gruppe dazu verstärkt deutlich gemacht.⁴ Überdies könnte das EU-R-PSK Moskau die Chance eröffnen, die bislang vor allem auf den Korfu-Prozess innerhalb der OSZE beschränkte Diskussion um eine Weiterentwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur auch mit der EU aufzunehmen.

Darüber hinaus könnten Fortschritte bei der Bewältigung des Transnistrien-Konflikts zu einer Verständigung über

3 | The draft of the European Security Treaty, 29.11.2009; <http://eng.kremlin.ru/news/275> [18.08.2011].

4 | Towards a new Euro-Atlantic Security Architecture. Report of the Russian Experts for the Valdai Discussion Club Conference, Moskau, 2009, http://globalaffairs.ru/docs/Karaganov_.eng.pdf [18.08.2011].

den Angepassten Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte in Europa (AKSE) beitragen. Bislang hat die NATO dessen Ratifikation davon abhängig gemacht, ob Moskau seine auf dem OSZE-Gipfel von Istanbul 1999 eingegangenen Verpflichtungen zum Abzug russischer Truppen aus Moldau und Georgien erfüllt. Russland hatte deshalb 2007 sowohl die Ratifikation des AKSE- als auch die Anwendung des KSE-Vertrages ausgesetzt.

Mit Verträgen und Institutionen alleine wird sich noch keine Fortentwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur erreichen lassen. Sie setzt vielmehr auch einen Ausbau des gegenseitigen Vertrauens und eine Agenda gemeinsamer Ziele voraus. Die russische Interessenlage ist nach wie vor von einem grundlegenden Widerspruch zwischen den strategischen Vorteilen einer Annäherung an EU und NATO einerseits und einer oft konfliktträchtigen Konkurrenz um Einfluss und Integration im GUS-Raum andererseits geprägt. Eine bessere institutionelle Einbindung Russlands würde diese Widersprüche nicht zwangsläufig auflösen. Sie könnte sich auch in einer Stärkung der gegenseitigen Vetomacht erschöpfen, die die bestehende Sicherheitsarchitektur in Europa nur schwächen würde. Vor diesem Hintergrund greift das Meseberger Memorandum das russische Interesse an einer besseren Einbindung auch für den Diskurs innerhalb der EU auf, verbindet es jedoch zugleich mit einer konkreten Bewährungsprobe für die Möglichkeiten der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Russland. Dieses strategische Kalkül hat die Bundeskanzlerin bereits bald nach dem Georgienkrieg in einem gemeinsamen Beitrag mit Frankreichs Präsident Sarkozy entwickelt.⁵

Wenn es einen Konflikt gibt, an dem sich Kooperationsmöglichkeiten zwischen Russland und der EU ausloten lassen, dann ist dies Transnistrien. Denn bei allen Gegensätzen zwischen den politischen Systemen an den beiden Ufern des Dnjestr sind die Trennlinien dort weit weniger ausgeprägt als bei den anderen schwelenden Konflikten im euroatlantischen Raum. Zudem verleiht die

Bei allen Gegensätzen zwischen den politischen Systemen an den beiden Ufern des Dnjestr sind die Trennlinien dort weit weniger ausgeprägt als bei anderen schwelenden Konflikten.

5 | Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, „Wir Europäer müssen mit einer Stimme sprechen“, *Süddeutsche Zeitung*, 03.02.2009, <http://sueddeutsche.de/politik/391/457053/text> [18.08.2011].

Nähe zur EU deren Integrationsangeboten für Chişinău und Tiraspol großes Gewicht und Brüssel stärkere Chancen, Einfluss zu nehmen. Eine Lösung des Konfliktes hängt aber nicht nur von Russlands Verständigungsbereitschaft ab. Um die nationalen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wiedervereinigung zu schaffen, bedarf es auch einer Stabilisierung der politischen Verhältnisse und einer Vertiefung der europäischen Integration in Moldau. Darüber hinaus wäre auch eine Transformation Transnistriens erforderlich, um die Kompatibilität beider Systeme in einer gemeinsamen Verfassungsordnung zu gewährleisten.

ETHNISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR TRANSNISTRIENS

Der Transnistrienkonflikt ist weniger ethnisch begründet als die anderen schwelenden Konflikte. Auf beiden Seiten des Dnjestr setzt sich die Bevölkerung aus denselben Gruppen zusammen – wenn auch sehr unterschiedlich.

In Transnistrien leben jeweils ein Drittel Russen, Ukrainer und ethnische Moldauer, die jedoch auf

Transnistrien hat in den 20 Jahren quasi-eigenstaatlicher Tradition eine starke Abwanderung erlebt. Etwa ein Drittel der Menschen haben die Region verlassen.

dem linken Ufer drei Viertel der Bevölkerung stellen. Dementsprechend verfügt Transnistrien nicht über eine Titularnation, auch wenn sich die Region „moldauische transnistrische

Republik“ nennt. Transnistrien blickt auf nunmehr 20 Jahre quasi-eigenstaatlicher Tradition zurück. Seitdem haben sich die beiden Gesellschaften auseinanderentwickelt. In dieser Zeit hat Transnistrien eine noch stärkere Abwanderung erlebt als Moldau. Etwa ein Drittel der Menschen haben die Region verlassen, vor allem ethnische Moldauer.

In Transnistrien ist die russische Sprache nahezu allein maßgeblich, wenngleich sie laut Verfassung dem Moldauischen (Rumänischen) und Ukrainischen gleichgestellt ist.⁶ Zwar ist das Russische auch in Moldau weit verbreitet. Dennoch befürchten transnistrische Eliten, sie würden bei einer Wiedervereinigung auf den Status einer benachteiligten Minderheit reduziert. Dazu trägt auch die Sorge vor einem steigenden Einfluss Rumäniens in Moldau bei.

6 | Vgl. Constitution of the Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublica, Artikel 12, <http://mfa-pmr.org/index.php?newsid=644> [18.08.2011].

Darüber hinaus rechtfertigt die Führung in Tiraspol die eigenen Unabhängigkeitsbestrebungen noch immer mit dem Szenario einer Vereinigung Moldaus mit Rumänien – obwohl dieses Szenario, anders als zum Zeitpunkt der Sezession Transnistriens, heute nur noch als sehr unwahrscheinliche Möglichkeit erscheint. Eine gemeinsame nationale Identität ist an beiden Ufern nur bedingt und in Teilen der Bevölkerung anzutreffen. Die Bevölkerung Transnistriens würde einer Wiedervereinigung vermutlich weder mit entschiedenem Widerstand noch mit nachdrücklicher Unterstützung begegnen. Die transnistrische Sezession ist ein Projekt der Eliten geblieben, deren Interessen auch über ihre Überwindung mit entscheiden werden.

Die Bevölkerung würde einer Wiedervereinigung vermutlich weder mit entschiedenem Widerstand noch mit nachdrücklicher Unterstützung begegnen. Die transnistrische Sezession ist ein Projekt der Eliten geblieben.

Neben der Sorge der russischsprachigen Bevölkerung, bei einer möglichen Vereinigung Moldaus mit Rumänien zu einer benachteiligten Randprovinz zu werden, führten ursprünglich drei weitere Faktoren zur Abspaltung Transnistriens: Erstens war die wirtschaftliche Struktur der beiden Landesteile sehr unterschiedlich. In sowjetischer Zeit waren in Transnistrien industrielle Großbetriebe angesiedelt worden, während das übrige Moldau stärker agrarisch geprägt blieb. Die transnistrische Industrie war daher stärker auf den russischen Markt ausgerichtet. Zweitens führte die großbetriebliche Organisation der transnistrischen Industrie zu einer stärkeren Konzentration wirtschaftlicher und damit politischer Macht. Dies wirkt bis heute in einer – im Vergleich zum übrigen Moldau – noch ungleicheren Besitzverteilung und noch stärkeren Ausprägung oligarchischer Strukturen nach. Drittens war die wirtschaftliche Elite, aus der die politische Führung hervorging, stark russisch geprägt. Bestes Beispiel ist der „Präsident“ Igor Smirnov.

Wirtschaftliche Strukturen und Interessen bleiben ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der transnistrischen Politik. Allerdings hat sich das Verhältnis von Politik und Wirtschaft seit der Sezession Transnistriens entscheidend verändert. Eine schwierige Finanzlage zwang das Regime von Igor Smirnov seit dem Ende der neunziger Jahre zu umfassenden Privatisierungen, mit denen es die Kontrolle über die Wirtschaft weitgehend aus der Hand gab. Die

transnistrische Wirtschaft wird inzwischen von zwei Interessengruppen dominiert: Russischen Eigentümern und dem einheimischen Sheriff-Konzern. Russische Akteure haben sich den Besitz an großen Teilen der Schwerindustrie

Das mit Abstand bedeutendste Unternehmen Transnistriens gehört mehrheitlich dem kremlnahen Unternehmer Ališer Usmanov. Er soll auch die transnistrischen Gasschulden übernommen haben.

und des Energiesektors gesichert. Das mit Abstand bedeutendste Unternehmen Transnistriens, Moldova Steel Works in Rîbnița, das alleine die Hälfte der Industrieproduktion und einen entsprechenden Anteil des Steueraufkommens erbringt, gehört mehrheitlich dem kremlnahen Unternehmer Ališer Usmanov. Usmanov, als Generaldirektor von Gazprominvestholdings eng mit Gazprom verbunden, soll auch die transnistrischen Gasschulden übernommen haben.⁷

Dabei sind es wohl weniger die wirtschaftlichen Interessen russischer Akteure in Transnistrien, die die Politik Moskaus bestimmen, als vielmehr umgekehrt dessen politische Interessen, die eine möglichst wirksame Zusammenlegung wirtschaftlicher Druckpotentiale in verlässliche Händen nahelegen. Denn auch für die russischen Investitionen in Transnistrien ist die ungelöste Statusfrage vor allem mit Nachteilen verbunden. So hatte Moldova Steel Works insbesondere aufgrund russischer Gassubventionen mit Anti-Dumping-Verfahren in Europa und den Vereinigten Staaten zu kämpfen und befindet sich offenbar in einer schweren Krise.⁸ Weil russische Investitionen in Transnistrien nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von politischen Interessen bestimmt sind, konzentrieren sich Spekulationen über die mögliche Nachfolge von „Präsident“ Smirnov immer wieder auch auf führende Manager russischer Unternehmen.⁹

Der Sheriff-Konzern hat mittlerweile die meisten lukrativen Wirtschaftszweige übernommen, die nicht in russischen Händen sind. Er kontrolliert eine Einzelhandelskette, ein Tankstellennetz und den Telekommunikationssektor ebenso

7 | Vgl. Svetlana Gamova und Michail Sergeev, „Gazprom' peredal Pridnestrov' Ališeru Usmanovu. Prezident Smirnov otkazyvaetsja platit' novomu kreditoru“, in: *Nesavisimaja Gazeta*, 23.03.2007, http://ng.ru/economics/2007-03-23/1_gazprom.html [18.08.2011].

8 | Vgl. Dmitrij Krečetov, „MMZ: Žit' ili umeret'?, in: *Nowaja Gazeta*, Nr. 37 (518), 15.10.2010, <http://novaiagazeta.org.ru/index.php?newsid=2241> [18.08.2011].

9 | Vgl. ebd.

wie den regional bedeutenden Cognacproduzenten Kvint. Der Erfolg des Sheriff-Konzerns beruhte ursprünglich auf einer engen Zusammenarbeit mit Smirnov, wobei beide wirtschaftliche und politische Interessensphären untereinander aufteilten.¹⁰ Doch mit dem Aufstieg Sheriffs sind die jeweiligen Interessen zunehmend auseinandergefallen, teils weil der Sheriff-Konzern seine Wachstumsgrenzen innerhalb Transnistriens erreicht hatte, teils aufgrund der insgesamt schwierigen Wirtschaftslage dort.

Die ungelöste Status-Frage belastet die transnistrische Wirtschaft zunehmend. Der Handel mit der EU überwiegt mittlerweile den Warenaustausch mit Russland. Zugleich aber behindern die unklare Rechtslage und

die eingeschränkte Konvertierbarkeit der transnistrischen Währung transnistrische Unternehmen beim Zugang zu westlichen Märkten und deren Kapital – und behindern damit auch dringend erforderliche Investitionen. Ein Interesse am Erhalt des Status

Ein Interesse am Erhalt des Status Quo haben die Profiteure von Schmuggelgeschäften, für die Transnistrien berüchtigt ist. Doch sollte die Tragweite des illegalen Handels auch nicht überschätzt werden.

Quo haben die Profiteure von Schmuggelgeschäften, für die Transnistrien berüchtigt ist. Ihretwegen steht die Region in dem Ruf, eine Art „schwarzes Loch“ Europas zu sein¹¹, hinter dessen Fassade Einblicke kaum möglich sind. Doch sollte die Tragweite des illegalen Handels auch nicht überschätzt werden. Nicht zuletzt der Umfang des Waffenschmuggels, der Transnistrien auch aus politischen Gründen immer wieder unterstellt wird, lässt sich kaum verifizieren.¹² Es sind eher Produkte wie Hähnchenfleisch, bei denen Schmuggler von Unterschieden bei Zöllen und Mehrwertsteuern im Vergleich zu Moldau und der Ukraine profitieren.¹³ Diese Geschäfte sind politisch deshalb

10 | Vgl. Vitalij Andrievskij, „Dve Bedy Pridnestrov'ja: ‚Šerif‘ i Igor Smirnov“, *Meridian Info*, 07.10.2009, http://meridian-info.com/v2/index.php?option=com_content&task=view&id=582 [18.08.2011].

11 | European Parliament, Ad Hoc Delegation to Moldova, Chairman's Report, 2002, 6, <http://europarl.europa.eu/meetdocs/committees/afet/20021007/473437EN.pdf> [18.08.2011].

12 | European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine, *EUBAM Annual Report 2009*, 22, <http://eubam.org/files/EUBAM%20AR%202009%20EN.pdf> [18.08.2011].

13 | European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine, Achievements of EUBAM: Increased transparency about import/export flows from the Transnistrian region of Moldova, 11/2007, http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Mission_achievementsNov07.pdf [18.08.2011].

relevant, weil sich enge Verbindungen zur politischen Elite vermuten lassen. Für den überwiegenden Teil der transnistrischen Wirtschaft sind sie nicht repräsentativ.

Mit Unterstützung des Sheriff-Konzerns ist ein reformorientiertes Lager entstanden, das die Partei Obnovlenie unterstützt. Diese konnte bei den letzten Wahlen die Mehrheit der Sitze im „Parlament“ gewinnen.

Die transnistrische Wirtschaft insgesamt ist an der Öffnung der Region und damit grundsätzlich auch an einer Konfliktlösung interessiert. Vor allem in Form des Sheriff-Konzerns ist Smirnov inzwischen ein Konkur-

rent erwachsen, der sich eine eigene Machtbasis aufgebaut hat, um seine Interessen abzusichern. Mit Unterstützung des Konzerns ist in Transnistrien ein reformorientiertes Lager entstanden, das die politische Partei Obnovlenie unterstützt. Diese konnte bei den Parlamentswahlen 2005 und 2010 die Mehrheit der Sitze im Obersten Sowjet, dem „Parlament“ Transnistriens, gewinnen.

POLITISCHE STRUKTUREN UND INTERESSEN IN TRANSNISTRIEN

Im Laufe der neunziger Jahre hat sich Igor Smirnov eine weitgehende Kontrolle über die Regierung und die Behörden Transnistriens gesichert, die ihm einen autoritären Regierungsstil ermöglicht. Trotz seiner dominierenden Stellung im politischen System wird seine Macht von einer Reihe Faktoren eingeschränkt. Erstens kann er die wirtschaftlichen Ressourcen nur begrenzt kontrollieren, da diese überwiegend entweder im Besitz russischer Investoren sind oder Akteuren gehören, die oppositionellen Kräften nahe stehen. Smirnov finanziert sich und sein Regime in erster Linie über „Zölle“ und Gebühren, die die Bürger für Gaslieferungen zahlen, die aber nicht oder nur teilweise an die russischen Lieferanten weitergegeben werden. In der Vergangenheit haben auch Erlöse aus Privatisierungen eine große Rolle gespielt. Doch ist diese Finanzquelle inzwischen erschöpft – was zu einer zunehmend angespannten Haushaltslage beiträgt.

Zweitens haben sich Institutionen entwickelt, die nicht allein vom Präsidenten abhängig sind. Dabei bleibt das Parlament zwar eng auf die Gesetzgebungskompetenz beschränkt und verfügt kaum über Einfluss auf die Regierung, es schützt die in ihm mehrheitlich vertretenen Interessen aber zumindest

vor Übergriffen der Exekutive. Auch wenn es im politischen System bisher kaum demokratische Elemente gibt, so ist dieses doch von einer Pluralität unterschiedlicher Kräfte und Interessen innerhalb der Eliten geprägt. Dabei sieht sich Smirnov der in den vergangenen Jahren erstarkten Opposition um Obnovlenie gegenüber. Hinzu kommt drittens, dass das Überleben Transnistriens nicht nur von der wirtschaftlichen Unterstützung Russlands abhängig ist, sondern Smirnov auch innerhalb des eigenen Machtapparates Rücksichten nehmen muss. Dabei verfügt insbesondere die transnistrische Staatssicherheit unter ihrem Leiter Vladimir Antjufejev schon wegen ihrer engen Verbindung zu russischen Geheimdiensten über eine eigenständige Stellung. Zwar sind politisch motivierte Verhaftungen und Prozesse selten. Mit Präsenz und häufigen Verhören schafft Antjufejeps Dienst jedoch ein Klima der Verunsicherung bei potentiellen Gegnern und stützt damit Smirnovs Macht.

Smirnovs Lager ist weder an einer Wiedervereinigung mit Moldau noch an einem Anschluss an Russland interessiert, auch wenn ein Unabhängigkeitsreferendum von 2006 diese Option vorgesehen hatte.¹⁴ Ihm geht es um den Erhalt des Status Quo und idealerweise um die Unabhängigkeit. Vor allem bei einer Reihe von Hardlinern verbindet sich dies mit einer Art Wagenburg-Mentalität: In diesem Kreis herrscht die Überzeugung, dass Transnistrien mit seiner kulturellen und politischen Identität gegen eine feindliche Umwelt und deren Infiltrationsversuche im Inneren verteidigt werden müsse. Aus dieser Sicht bedarf Transnistrien einer starken und eigenständigen Staatlichkeit, starker Sicherheitsorgane und politischer Kontrolle über die Wirtschaft. Nach außen hin soll es möglichst abgeschlossen bleiben. Der vielleicht entschiedenste Vertreter dieses Weltbildes ist „Vizepräsident“ Korolev. Russland gilt für Smirnovs Lager zwar als unverzichtbarer Verbündeter, mit dem man sich in einer Schicksalsgemeinschaft sieht. Aber man möchte auch kein Spielball russischer Interessen sein und möglichst keine Einmischung Moskaus in die inneren Verhältnisse.

Politisch motivierte Verhaftungen und Prozesse sind selten. Doch mit Präsenz und häufigen Verhören schafft die transnistrische Staatssicherheit ein Klima der Verunsicherung bei potentiellen Gegnern.

14 | Vgl. „Centrizbirkok PMR obnarodoval okončatel'nye itogi referendumu“, *Olivia Press*, 09/2006, <http://olvia.idknet.com/ol225-09-06.htm> [18.08.2011].

Es bleibt die Frage, wie weit die politischen Reformabsichten von Obnovlenie über eine Umverteilung der Macht hinaus tragen würden. Wirtschaftlich geht es der Partei um die Liberalisierung.

Demgegenüber wird das Programm von Obnovlenie, ebenso wie die dahinter stehenden Interessen von Sheriff und anderen Unternehmern, vor allem von zwei Zielen bestimmt. Politisch geht es, erstens, um substantielle Reformen: die Beschränkung der Macht des Präsidenten, die Parlamentarisierung der Regierung, den Abbau demokratischer und rechtsstaatlicher Defizite. Allerdings dienen diese Schritte auch substantziellen Eigeninteressen: der Stärkung der Machtposition und dem besseren Schutz gegenüber der Exekutive. Daher bleibt die

Frage, wie weit diese Reformabsichten über eine Umverteilung der Macht hinaus tragen würden. Wirtschaftlich geht es, zweitens, um die Liberalisierung und den Abbau von Hemmnissen für Investitionen und den Außenhandel. Unternehmer, die Obnovlenie unterstützen, leiden unter der zunehmend schwierigen Wirtschaftslage. Gegenüber Russland präsentiert sich die Partei als verlässlicherer Partner als Smirnov, der von Moskau kaum zu kontrollieren ist. Deshalb besteht zwischen Moskau und Obnovlenie ein grundsätzliches Einvernehmen, die Machtfülle Smirnovs zu beschränken. Darüber hinaus sucht Obnovlenie nach einer engen Anlehnung an die Kreml-Partei Jedinaja Rossija als Partnerorganisation.

Bei einer Bewältigung des Transnistrienkonflikts stehen für Obnovlenie pragmatische Schritte im Vordergrund: der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur, um den Export zu erleichtern, die Förderung ausländischer Investitionen und Wirtschaftshilfen aus der EU. Dabei strebt auch Obnovlenie nach einem möglichst eigenständigen Transnistrien. Um sich keinen Verrat an transnistrischen Interessen vorwerfen zu lassen – und um der russischen Politik nicht vorzugreifen –, vermeidet es die politische Führung, sich mit Blick auf eine Konfliktlösung zu positionieren. Für die wirtschaftlichen Akteure in Transnistrien ist besonders die Garantie der bestehenden Eigentumsverhältnisse entscheidend, die ihre sonst vielfach anfechtbaren Privatisierungsgewinne absichern würde.

INNERE POLITISCHE ENTWICKLUNG TRANSNISTRIENS

Die divergierenden Interessen in Transnistrien sind zu einem mehr oder weniger offenen Machtkampf eskaliert, nachdem Obnovlenie bei den Wahlen zum Obersten Sowjet 2005 die Mehrheit errungen hatte. Dabei hatte vor allem Sheriff auf einen evolutionären Wandel gesetzt, der seine geschäftlichen Interessen weniger gefährdet hätte als ein offener Konflikt mit ungewissem Ausgang. Zunächst sollte dazu Evgenij Ševčuk, der 2005 Sprecher des Obersten Sowjet wurde, allmählich zum Nachfolger Smirnovs aufgebaut werden, wohl mit dem Ziel eines möglichst einvernehmlichen Machtübergangs. Ursprünglich mag Smirnov einer solchen Lösung nicht ablehnend gegenüber gestanden haben. Um seinerseits einen Bruch zu vermeiden, verzichtete Ševčuk bei der Präsidentschaftswahl Ende 2006 auf die eigene Kandidatur.

Ševčuk, der sich vor und nach der Wahl 2005 mit Reformabsichten profiliert hatte, geriet jedoch zunächst in einen Konflikt mit Korolev, der sich zu einem Exponenten der Hardliner in Transnistrien entwickelte, nachdem er 2006 „Vizepräsident“ geworden war. Dabei ging es nicht nur um den Streit um die Nachfolge Smirnovs.

Vielmehr drohte die zunehmende Verhärtung der Positionen Korolevs die wirtschaftlichen Interessen hinter Obnovlenie zu gefährden. Smirnov hatte ursprünglich eine Position zwischen den beiden Gruppierungen einge-

nommen und so ein – wenngleich fragiles – Gleichgewicht aufrechterhalten. Doch als Ševčuk seine Ambitionen zunehmend offensiver vertrat und Anfang 2009 mit Vorschlägen zu einer Reform der transnistrischen Verfassung hervortrat, die Smirnov als gegen sich gerichtet begriff, kam es zwischen beiden zu einer offenen Konfrontation.

Als Ševčuk Anfang 2009 mit Vorschlägen zu einer Verfassungsreform hervortrat, die Smirnov als gegen sich gerichtet begriff, kam es zwischen beiden zu einer offenen Konfrontation.

Seit eine Verfassungsänderung im Jahr 2000 die Machtbefugnisse Smirnovs erheblich ausgeweitet hatte, drängte Moskau mit wechselnder Intensität auf eine erneute Reform, die im Kern auf eine eigenständige, sowohl dem Präsidenten wie dem Parlament verantwortliche Regierung nach russischem Beispiel zielte. Als Russland nach dem Georgien-Krieg im August 2008 eine konstruktivere Haltung im Transnistrienkonflikt zeigen wollte, verstärkte

sich dieser Druck. Im Vertrauen auf die Unterstützung Russlands¹⁵ ergriff Ševčuk im April 2009 die Initiative mit dem Vorschlag, auch das Amt des Vizepräsidenten abzuschaffen und die Amtszeit des Präsidenten zu beschränken.¹⁶ Doch er unterschätzte die Entschlossenheit Smirnovs, sich zu behaupten. Smirnov antwortete mit einem Gegenvorschlag, der – vorgeblich ebenfalls nach russischem Vorbild – die Errichtung einer zweiten, mit einem weitgehenden Vetorecht ausgestatteten Parlamentskammer aus Vertretern der regionalen Gebietskörperschaften vorsah.¹⁷

Ševčuk verlor die Unterstützung wichtiger wirtschaftlicher Akteure, vor allem von Sheriff, und musste als Sprecher des Obersten Sowjet und als Vorsitzender von Obnovlenie zurücktreten.

Diese wären vom Präsidenten abhängig gewesen, was den Obersten Sowjet vollends entmachtet hätte. Zudem drohte Smirnov, seine Reform mit einem Referendum durchzusetzen. Die Härte, mit der Smirnov reagierte, verunsicherte viele Parlamentarier, und Ševčuk verlor offenbar die Unterstützung wichtiger wirtschaftlicher Akteure, vor allem diejenige Sheriffs.¹⁸ Im Ergebnis musste er bereits Ende Juli als Sprecher des Obersten Sowjet und später auch als Vorsitzender von Obnovlenie zurücktreten.¹⁹

Vordergründig schien sich Smirnov in einem Konflikt mit Ševčuk um die künftige Führung Transnistriens klar durchgesetzt zu haben. Im Hintergrund kam es den wirtschaft-

15 | Dmitrij Rodionov, „Vybor Pridnestrov'ja: buduščee PMR čerez prizmu vyborov 12.12.2010“, in: *Agentstvo Političeskich Novostej (APN)*, 13.01.2011, <http://apn-nn.ru/541560.html> [18.08.2011].

16 | „Pridnestrovskij spiker vystupaet za ograničenie količestva prezidentskich srokov“, in: *Novyj Region*, 03.04.2009, <http://nr2.ru/pmr/227416.html> [18.08.2011]; Dmitrij Krečetov, „Schvatka v ‚verchach‘“, in: *Novaja Gazeta*, 09.04.2009, <http://novaiagazeta.org.ru/index.php?newsid=779> [18.08.2011].

17 | Supreme Council of the Pridnestrovian Moldavian Republic, „On October 23, 2009 the PMR President forwarded the new draft Constitution of the Pridnestrovian Moldavian Republic to Parliament“, 27.10.2009, <http://www.vspmr.org/News/?ID=3491> [01.08.2011].

18 | Vgl. Lenta Informacionnoe Agentstvo PMR, „Obnovlenie‘ obvinilo Evgenija Ševčuka v malodušii, dvuličii i predložilo opredelit'sja s členstvom v partii“, 06.05.2011, <http://tiras.ru/evrazija/24076-obnovlenie-obvinilo-evgeniya-shevchuka-v-malodushii-dvulichii-i-predlozilo-opredelitsya-s-chlenstvom-v-partii.html> [01.08.2011].

19 | Vgl. Dmitrij Karaban, „Lider Pridnestrov'ja v opale“, *Eženedel'nik 2000*, 20.09.2010, <http://2000.net.ua/2000/forum/sosedi/68992> [18.08.2011].

lichen Akteuren hinter Obnovlenie aber wohl ebenso darauf an, die Macht Korolevs zu begrenzen und ihn als Nachfolger Smirnovs zu verhindern. Hinter den Kulissen scheint es dabei zu einem Kompromiss gekommen zu sein, denn im Gegenzug für den Rücktritt Ševčuks wurden die Befugnisse Korolevs beschnitten, womit auch dessen Aussichten auf die Nachfolge Smirnovs in Frage gestellt sind. Zudem setzten Präsident und Parlament einen gemeinsamen Ausschuss zur Verfassungsreform ein, der eine Verständigung über die unterschiedlichen Reformvorschläge erzielen sollte. Dass Russland nach dem Sturz Ševčuks seine Zuschüsse zu den Rentenzahlungen in Transnistrien einstellte²⁰ – ein negatives Signal an beide Seiten –, weist darauf hin, dass es in diesen Kompromiss nicht eingebunden war. Erst nach einem Besuch von Anatol Kaminski, Ševčuks Nachfolger als Sprecher des Obersten Sowjet, im Februar 2011 in Moskau wurden diese Zahlungen wiederaufgenommen. Die Kritik, die Smirnovs Vorschläge für eine Verfassungsänderung aus Moskau erfuhren,²¹ zeigt jedoch, dass Russland grundsätzlich die Reformziele von Obnovlenie unterstützte.

Wäre es nur auf die innertransnistrischen Machtverhältnisse angekommen, hätte sich Smirnov gegenüber den oppositionellen Kräften – das zeigte der schnelle Sturz Ševčuks – in der stärkeren Position befunden und sich deshalb vermutlich weitgehend durchsetzen können. Deshalb dürfte es dem Einfluss Russlands zuzuschreiben sein, dass die wichtigsten politischen Entscheidungen in Transnistrien seither eher zugunsten von Obnovlenie und Sheriff ausfielen. So verzichtete Smirnov auf einen kompetitiven Wahlkampf bei der Parlamentswahl im Dezember 2010 – wodurch die Kontrolle von Obnovlenie über den Obersten Sowjet unangefochten blieb –, während es im Gegenzug kein ähnliches Arrangement für die Ende 2011 anstehende Präsidentschaftswahl gibt. Auch die sich abzeichnende Verständigung über eine Verfassungsreform wird weit mehr den Vorstellungen der Parlamentsmehrheit als den ursprünglichen Vorschlägen Smirnovs nahe kommen. So wird an einem Einkammer-

Es dürfte dem Einfluss Russlands zuzuschreiben sein, dass die wichtigsten politischen Entscheidungen seit dem Sturz Ševčuks dennoch eher zugunsten von Obnovlenie und Sheriff ausfielen.

20 | Vgl. ebd.

21 | Vgl. Vladimir Solov'ev, „Po motivam Konstitucii RF“, *Kommersant*, Nr. 200 (4.255), 27.10.2009, <http://kommersant.ru/Doc/1263030> [18.08.2011].

parlament festgehalten und ein dem Parlament und dem Präsidenten gleichermaßen verantwortlicher Regierungschef eingeführt.

Damit ist die politische Entwicklung in Transnistrien heute so offen wie nie zuvor. Eine Klärung der Lage hängt zunächst von der Präsidentschaftswahl Ende 2011 ab. Möglicherweise wird es dabei sogar zur ersten wirklich kompetitiven Wahl in Transnistrien kommen.

Die politische Entwicklung in Transnistrien ist heute so offen wie nie zuvor. Eine Klärung der Lage hängt zunächst von der Präsidentschaftswahl Ende 2011 ab.

Smirnov hat angekündigt, abermals anzutreten.²² Daneben hat Ševčuk seine Kandidatur als unabhängiger Bewerber angekündigt.

Dabei versucht er, möglichst breite gesellschaftliche Kräfte gegen die herrschenden Eliten sowohl des Smirnov- wie des Obnovlenie-Lagers zu mobilisieren. Tatsächlich ist die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation und den politischen Verhältnissen in der transnistrischen Gesellschaft groß. Ševčuks Ansatz hätte also durchaus Potential. Doch werden transnistrische Wahlen nicht nur an der Wahlurne entschieden. Ševčuk verfügt selbst weder über größere Ressourcen noch über Einfluss auf die Organe, die die öffentliche Meinung und die offiziellen Wahlergebnisse steuern. Mit seiner Kandidatur zieht er die Feindschaft beider Lager auf sich. Daher dürfte er kaum Chancen haben.

Fraglich ist, ob es einen Kandidaten oder Gegenkandidaten aus den Reihen von Obnovlenie gibt. Dafür käme vor allem Anatol Kaminski in Betracht. Fraglich ist zudem, ob ein solcher Bewerber nur als Zählkandidat antritt oder als echter Herausforderer Smirnovs. Die Antwort dürfte entscheidend von einer russischen Unterstützung abhängen. Auf eine offene Konfrontation mit Smirnov dürften sich Obnovlenie und die unterstützenden wirtschaftlichen Akteure aber nur einlassen, wenn Sie sich eines Erfolgs sicher sind. Wahrscheinlicher erscheint daher, dass es zu einem erneuten Kompromiss zwischen beiden Lagern kommt. Er würde Smirnov die Präsidentschaft sichern, dem Obnovlenie-Lager einen größeren Einfluss in der Regierung verschaffen – und Russland zugleich keinen unmittelbareren Einfluss auf die transnistrische Politik

22 | Svetlana Gamova, „V rešenii pridnestrovskoj problemy mnogo ključevykh igrokov“, *Nezavisimaja*, 25.04.2011, http://ng.ru/cis/2011-04-25/1_pridnestrovie.html [18.08.2011].

gewähren. In jedem Fall dürfte die Macht des Präsidenten künftig durch eine eigenständigere Regierung mit einem Ministerpräsidenten eingeschränkt werden.

Es ist möglich, dass Russland an dieser Stelle gerne einen Gewährsmann eigener Interessen sähe, um seinen Einfluss zu stärken.

Bei einer Wiederwahl Smirnovs würde dieser Posten aber wohl mit einer Person aus dem Lager Obnovlenies besetzt werden – vermutlich mit einem Kompromisskandidaten, mit dem auch Smirnov leben kann.

In jedem Fall dürfte die Macht des Präsidenten künftig durch eine eigenständigere Regierung mit einem Ministerpräsidenten eingeschränkt werden.

Die Neuordnung der transnistrischen Politik hat unmittelbar Folgen für die Konfliktlösung, weil sie über die maßgebenden Akteure und Interessen sowie die damit verbundene Kompromiss- und Reformbereitschaft entscheiden wird. Doch zugleich ist der Bewegungsspielraum aller transnistrischen Akteure derzeit sehr eingeschränkt. Umso größeres Gewicht kommt jetzt Russland zu – und damit auch der Frage, welchen Einfluss es auf die politischen Weichenstellungen innerhalb Transnistrien nimmt und wie es sich in der Zwischenzeit in Tiraspol für eine konstruktive Haltung im Verhandlungsprozess einsetzt.

ENTWICKLUNG DER RUSSISCHEN INTERESSENLAG

Transnistrien ist wirtschaftlich von Russland abhängig. Moskau zahlt Zuschüsse zu den Renten und gibt Budgethilfen. Vor allem subventioniert es Tiraspol, indem es bislang auf die unmittelbare Bezahlung von Gaslieferungen verzichtet. Die transnistrischen Gasschulden belaufen sich inzwischen auf etwa zwei Milliarden Dollar – eine für die lokalen Verhältnisse astronomische Summe, die die jährliche Wirtschaftsleistung deutlich übersteigt. Mit seinen wirtschaftlichen Druckmitteln könnte Russland den Kollaps des Regimes herbeiführen, doch die politischen Folgen könnte es nicht so einfach kontrollieren.²³ Tatsächlich wird Russlands Einfluss auf die transnistrische Politik daher durch dem Umstand beschränkt, dass es ihn nur über die Akteure vor Ort ausüben kann, die jeweils eine eigene, mit den russischen Interessen nicht identische Agenda verfolgen.

23 | Vgl. Sergej Kolerov, „Stokgol’mskij sindrom: Regional’nye posledstvija ‚gazovoj vojny‘ meždu Rossiej i Ukrainoj“, *Regnum*, 30.01.2009, <http://regnum.ru/news/1118061.html> [18.08.2011].

Daraus resultieren für Moskau einige Dilemmata. Smirnov ist für Russland kaum steuerbar. Außerdem würde jede für Moskau noch so günstige Lösung des Konflikts Smirnovs politischen Rückzug erfordern. Zugleich aber ist er zumindest in einer Hinsicht kalkulierbar: Smirnov ist seinerseits auf Russland angewiesen und verfügt über keine innen- und außenpolitischen Alternativen zum Status quo. Die anderen politischen Kräfte in Transnistrien, insbesondere Obnovlenie, wären eher zu Kompromissen bereit. Sie sind zwar zugänglicher für russischen Einfluss. Sie könnten sich aber auch stärker verselbständigen, weil der Status Quo für sie eher ein Hindernis ist und sie in dieser Hinsicht weniger von Russland abhängig sind.

Außerdem lässt sich die russische Transnistrienpolitik nicht auf ein einheitliches Interesse reduzieren. Teile der russischen Machteliten sehen in Transnistrien einen Außenposten von eigenem strategischem Wert, den es gegen internationale Widerstände und unabhängig von der Westorientierung Moldaus zu verteidigen gilt. Smirnovs Regime gilt ihnen als Garant einer solchen Politik. Solche Sichtweisen dürften besonders der engen Verbindung zwischen transnistrischen und russischen Geheimdiensten zugrunde liegen. Für die russische Außenpolitik – insbesondere den Kreml und das Außenministerium – bleibt der Konflikt aber

Die verschiedenen Sichtweisen in Russland könnten vom Kreml innenpolitische Rücksichten erfordern. Eine Konfliktlösung, die den Eindruck erweckt, Russland gäbe strategische Interessen auf, dürfte Kontroversen im eigenen Land auslösen.

eher eine strategische Hypothek, und Transnistrien ein strategisches Mittel, um den eigenen Einfluss in Chişinău zu sichern und eine einseitige Westorientierung Moldaus zu verhindern. Die verschiedenen Sichtweisen in Russland könnten vom Kreml innenpolitische Rücksichten erfordern. Denn eine Konfliktlösung, die den Eindruck erweckt, Russland gäbe strategische Interessen auf oder ließe Landsleute im Stich, dürfte Kontroversen im eigenen Land auslösen. Das gibt sowohl der transnistrischen Führung als auch Kritikern innerhalb Russlands Möglichkeiten zur Obstruktion. Der innenpolitische Preis einer Lösung hinge für den Kreml daher sowohl von dem Einvernehmen ab, das sich in der russischen Führung erzielen lässt, vor allem mit Ministerpräsident Putin, als auch von dem Einvernehmen, dass zumindest nach außen hin mit der transnistrischen Führung besteht.

Wie Moskaus Bedingungen idealerweise aussehen würden, lässt sich an den Grundsätzen des Kozak-Plans ablesen, den Russland 2003 vorgelegt hatte: mit einer dauerhaften russischen Truppenpräsenz und weitgehenden Mitbestimmungs- und Vetorechten Transnistriens, vor allem in der Außenpolitik, in einem moldauischen Bundesstaat. Für Moldau bestand das Risiko dieses Vorschlages darin, einen dysfunktionalen Gesamtstaat aus zwei kaum zu vereinbarenden politischen Systemen zu schaffen, der die demokratische Transformation und die europäische Integration des Landes nachhaltig behindert hätte. Mit Blick auf die jetzige politische Konstellation ist aber kaum davon auszugehen, dass Russland an ähnlich weitreichenden Forderungen festhalten wird. Da bereits der Kozak-Plan an Vorbehalten der EU und der Vereinigten Staaten gescheitert war, kann Russland von einer Neuauflage solcher Vorschläge in den 5+2-Verhandlungen allenfalls einen Erfolg erwarten, wenn sie die volle Unterstützung der moldauischen Regierung finden würden.

Auch in Moldau hat sich die politische Landschaft verändert. 2003 sah sich Russland einer Regierung der Partei der Kommunisten (PCRM) gegenüber, die ohnehin eine enge Anlehnung an Russland suchte. Für Moskau schienen sich damit beachtliche Forderungen im Transnistrienkonflikt durchsetzen zu lassen. Zugleich aber war die moldauische Regierung vergleichsweise geschlossen und verfügte in der Person von Präsident Vladimir Voronin über eine starke Führung und eine dominierende Machtstellung im eigenen Land. Das wiederum begrenzte Russlands unmittelbaren Einfluss auf die moldauische Regierung und ließ umso weitgehendere Vorbehaltsrechte für Transnistrien erforderlich erscheinen. Als Reaktion auf den Kozak-Plan hatte aber schon Voronin die Annäherung an die EU gesucht; seit dem Regierungswechsel 2009 wird Moldau von einer Koalition geführt, die eine EU-Integration zu ihrem zentralen politischen Projekt erhoben hat. Unter diesen Umständen kann Russland zwar noch darauf setzen, Garantien gegen einen möglichen NATO-Beitritt Moldaus zu erlangen, aber kaum noch erwarten, die europäische Integration des Landes zu verhindern oder ähnlich umfassende Vorbehaltsrechte für Transnistrien sichern zu können, wie sie der Kozak-Plan vorsah.

Russland kann zwar noch darauf setzen, Garantien gegen einen möglichen NATO-Beitritt Moldaus zu erlangen, aber kaum noch erwarten, die europäische Integration des Landes zu verhindern.

Zugleich ist die Regierung Moldaus jedoch weitaus instabiler als unter Voronin. Das Verhältnis der Koalitionsparteien wird von einer Reihe von Konflikten überschattet. In der PCRM, die bei der letzten Parlamentswahl noch immer

Russland steht in Moldau nicht mehr einer einheitlichen Regierung gegenüber, sondern konkurrierenden Parteien und innerparteilichen Gruppen, auf die es zum Teil einzeln Einfluss nehmen kann.

40 Prozent der Wähler für sich gewann, ist die Nachfolge Voronins offen. In ihr konkurrieren mittlerweile unterschiedliche innerparteiliche Gruppen. Russland steht in Moldau nicht mehr einer einheitlichen Regierung gegenüber, sondern einer ganzen Reihe konkurrierender Parteien und innerparteilicher Gruppen, auf die es zum Teil einzeln Einfluss nehmen kann. Russland könnte sich daher von einer Wiedervereinigung mit Transnistrien eine Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse in Moldau zugunsten einer stärker prorussischen Koalition versprechen, ohne dass es noch weitreichender Vetorechte für Transnistrien bedürfte, um den eigenen Einfluss abzusichern.

Nach der moldauischen Parlamentswahl vom November 2010 hat sich der Kreml um eine Koalition von PCRM und der sozialdemokratisch ausgerichteten Demokratischen Partei bemüht. Damit verband sich die Hoffnung, Moldau in die gemeinsame Zollunion mit Belarus und Kasachstan einbeziehen zu können, die vor der Wahl vor allem die PCRM befürwortet hatte. Zugleich hätte sich eine Chance für eine Lösung des Transnistrienkonflikts abgezeichnet, die Moldau im russischen Einflussbereich verankert hätte. Russland hätte möglicherweise auf eine schnelle Konfliktlösung gedrängt, wäre die Regierungsbildung in Chişinău nach Wunsch verlaufen. Dass sich abermals die Allianz für die Europäische Integration (AEI) zusammengefunden hatte, legte Russland jedoch erst einmal eine reserviertere Haltung nahe; was zugleich zum vorläufigen politischen Überleben Smirnovs beigetragen haben mag, dessen Rückzug zwar bei einer Lösung unvermeidlich wäre, mit dem sich aber auch härter verhandeln ließe.

Allerdings ist die latente politische Instabilität Moldaus auch nach der erneuten Regierungsbildung der AEI nicht überwunden, was Moskau die Definition der eigenen Interessen im Transnistrienkonflikt erschwert. Solange dies anhält, besteht für Russland die Chance, dass in absehbarer Zeit eine eher prorussische Koalition in Moldau

zustande kommt. Mit dem Fortgang der europäischen Integration Moldaus und mit der Konsolidierung der politischen Situation in Chişinău würde sich auch die Ambivalenz der russischen Interessen auflösen.

MOLDAUISCHE LÖSUNGSANSÄTZE

Chişinău hat bislang wechselvolle Strategien für eine Konfliktlösung verfolgt. Nach dem Wahlsieg der PCRM 2001 waren Präsident Voronin die ideologischen und politischen Differenzen zu Smirnovs Regime zunächst überbrückbar erschienen. Daher versuchte er zuerst, den Konflikt über direkte Gespräche mit Tiraspol zu lösen, traf dort allerdings auf wenig Interesse an einer Änderung des Status Quo. Dann versuchte sich Voronin mit Russland zu verständigen und dabei Tiraspol zu umgehen. Dabei setzte er offenbar darauf, in Moskau als verlässlicherer Partner akzeptiert zu werden. Tatsächlich scheint der Kreml bereit gewesen zu sein, Smirnov seine Unterstützung zu entziehen.²⁴ Doch unterschätzte Voronin zugleich die Bedingungen, die Russland für eine Konfliktlösung durchsetzen wollte. Das Ergebnis bestand in dem Kozak-Plan, dem Voronin unter russischem Druck zunächst zuzustimmen schien, den er dann jedoch zurückwies. Sein Verhältnis zu Russland war damit nachhaltig geschädigt.

In der Konsequenz suchte Moldau eine stärkere Anlehnung an die EU und die USA als Gegengewicht zu Russland. Die Orangene Revolution in der Ukraine führte zudem zu einer Annäherung zwischen Chişinău und Kiew.

Im April 2005 ergriff Präsident Victor Juschtschenko die Initiative mit einem Plan, der vorsah, Transnistrien zu demokratisieren und die russische Militärpräsenz in eine internationale Friedensmission unter dem Dach der OSZE umzuwandeln.²⁵ Die ukrainische Initiative war zwar kaum praktikabel, sie setzte aber den Impuls für eine stärkere Einbeziehung von EU und USA. Beide traten daraufhin

Moldau suchte eine stärkere Anlehnung an die EU und die USA als Gegengewicht zu Russland. Die Orangene Revolution in der Ukraine führte zu einer Annäherung zwischen Chişinău und Kiew.

24 | Vgl. Mark Tkačuk, „Ruka Moskvy‘ ne polučila ot Rossii nikakoj pomošči“, *Kommersant*, 02.12.2005, <http://kommersant.ru/doc/631793> [18.08.2011].

25 | Sabine Fischer, „Ukraine as a regional actor“, *Ukraine: Quo Vadis?*, *Chaillot Paper* 108, Institute for Security Studies, Paris 2008, 119-146, hier: 129-132, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp108.pdf> [18.08.2011].

den seither als 5+2-Format bekannten Verhandlungen als Beobachter bei. Auf Ersuchen Kiews und Chişinău entsandte die EU die EUBAM-Mission, um die Überwachung der moldauisch-ukrainisch-transnistrischen Grenze zu unterstützen. Transnistrische Unternehmen wurden damit gezwungen, sich für Exportgenehmigungen in Moldau registrieren zu lassen – was den moldauischen Souveränitätsanspruch unterstrich. Russland reagierte, indem es zeitweilig weitgehende Importverbote für moldauische Waren, vor allem Wein, verhängte.

Aufgrund der Erfahrungen mit dem Kozak-Plan verabschiedete das moldauische Parlament 2005 mit breiter Mehrheit ein Gesetz über den Status Transnistriens, mit dem die moldauische Regierung ihre Spielräume bei künftigen Verhandlungen gegenüber russischem Druck einschränkte. Das Gesetz begrenzt die rechtliche Eigenständigkeit Transnistriens innerhalb der Republik Moldaus auf eine weitgehende Autonomie. Tiraspol reagierte, indem es 2006 ein „Referendum“ abhielt, bei dem mehr als 90 Prozent die Unabhängigkeit Transnistriens befürworteten. Zeitgleich kamen die formellen 5+2-Verhandlungen zum Erliegen.

Allerdings blieb auch die Westorientierung Moldaus unter Voronin halbherzig. Zwar suchte die moldauische Politik besonders von 2005 bis 2007 eine Annäherung an die EU. Doch blieben die Integrationsangebote Brüssels vor allem im Blick auf die fehlende Beitrittsperspektive hinter den Erwartungen Voronins zurück.²⁶

Die Westorientierung Moldaus unter Voronin blieb halbherzig. Sein Integrationswille bei demokratischen, marktwirtschaftlichen und rechtstaatlichen Reformen erwies sich als begrenzt.

Zugleich erwies sich dessen Integrationswille bei demokratischen, marktwirtschaftlichen und rechtstaatlichen Reformen als begrenzt. Außerdem führte das Engagement der westlichen Partner nicht zu den erhofften Fortschritten im Transnistrienkonflikt. Deshalb setzte Voronin die bilateralen Verhandlungen mit Moskau fort – die für seine westlichen Partner intransparent blieben – und stellte wiederholt vermeintliche Durchbrüche in Aussicht. Im Herbst 2006 versuchte er, mit dem Angebot einer umfassenden Paketlösung einen Durchbruch zu einer Lösung des Transnistrienkonfliktes zu erzielen. Dieser Ansatz blieb zwar ohne

26 | Anneli Ute Gabanyi, „Die Perspektive einer Perspektive. Moldova und die Neue Nachbarschaftspolitik der EU“, in: *Osteuropa* 2/2005, 24-39.

Erfolg, führte aber zur Einrichtung von bilateralen Arbeitsgruppen zwischen Chişinău und Tiraspol, die zur Überwindung praktischer Probleme beitragen sollten.

Als 2009 die AEI die Regierung in Chişinău übernahm, hatten die wiederholten Kurswechsel Voronins die Verhandlungsmacht des Landes gegenüber Russland geschwächt, so dass die neue Regierung von sich aus zunächst keine größeren Initiativen ergreifen konnte, um den Konflikt zu bewältigen. Vielmehr gab sie der EU-Integration und innenpolitischen Reformen klaren Vorrang. Unter Federführung von Außenminister Iurie Leanca konnte die Koalition große Fortschritte bei der Intensivierung der Beziehungen zur EU sowie bei den Verhandlungen über Visae erleichterungen und über ein Assoziationsabkommen und die darin vorgesehene Freihandelszone erzielen. Moldau zog so nicht nur das steigende Interesse seiner westlichen Partner auf sich. Es weckte auch die Erwartung, es könne sich zum Erfolgsmodell der europäischen Integration unter den Adressaten der Östlichen Partnerschaft entwickeln.

EU-Integration und innenpolitische Reformen haben seit 2009 klaren Vorrang. Die Koalition konnte große Fortschritte bei der Intensivierung der Beziehungen zur EU erzielen.

Zugleich schwächte eine schwere Wirtschaftskrise die Regierung. Hinzu kam die bislang nicht überwundene Verfassungskrise. Sie wurde ausgelöst, weil laut Verfassung für die Wahl des Präsidenten im Parlament ein besonderes Quorum erforderlich ist. Wird dieses nicht erreicht, so sind – wie Ende 2010 – Neuwahlen zum Parlament erforderlich.²⁷ Die Regelung schränkt den Planungshorizont der Koalition ein und behindert die Umsetzung von Reformen. Die fortdauernde Verfassungskrise belastet auch den inneren Zusammenhalt der Koalition. Das Parteiensystem jenseits der PCRM ist nicht konsolidiert. Die ursprünglich vier, jetzt noch drei Parteien in der AEI werben weitgehend

27 | Vgl. Holger Dix, „Die Republik Moldau am vermeintlichen Ende eines Wahlmarathons. Neuauflage der Allianz für die Europäische Integration und weiterhin unsichere Perspektive“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 2/2011, 99-118; Hans Martin Sieg, „Die Republik Moldau in der Verfassungskrise. Lösungsansätze und Perspektiven“, *KAS-Länderbericht*, 23.04.2010, <http://kas.de/moldawien/de/publications/19419> [18.08.2011]; ders., „Neuwahlen ohne Verfassungsreform. Die Republik Moldau sucht den Ausweg aus der Krise“, *KAS-Länderbericht*, 24.09.2010, <http://kas.de/moldawien/de/publications/20592> [18.08.2011].

um dieselben Wähler und stehen in einer derart starken Konkurrenz zueinander, dass dies das gegenseitige Vertrauen belastet. Als stärkste Kraft in der Koalition hat sich inzwischen die Liberaldemokratische Partei von Ministerpräsident Vladimir Filat durchgesetzt, die bei der Wahl im Dezember ihren Stimmenanteil auch auf Kosten ihrer Partner auf knapp 30 Prozent nahezu verdoppeln konnte. Danach stimmte die Führung der sozialdemokratisch orientierten Demokratischen Partei erst nach langen, von wechselseitigem Druck aus Russland und der EU begleiteten Verhandlungen einer Neuauflage der AEI zu. Auch diese – vermeintliche oder tatsächliche – Fragilität der Koalition schwächt die Verhandlungsposition Moldaus.

Durch die Vertiefung der europäischen Integration soll die Attraktivität Moldaus für Transnistrien gesteigert werden. Zugleich soll Russland vermittelt werden, dass die europäische Integration nicht mehr verhandelbar ist.

Die Regierung in Chişinău verfolgt zur Lösung des Transnistrienkonfliktes drei Ansätze: Erstens soll durch eine – möglichst unumkehrbare – Vertiefung der europäischen Integration die Attraktivität Moldaus für Transnistrien gesteigert werden. Zugleich soll

Russland vermittelt werden, dass die europäische Integration nicht mehr verhandelbar ist. Zweitens setzt Moldau in den Verhandlungen mit Russland verstärkt auf die Unterstützung der USA und der EU – und dabei besonders auch Berlins. Drittens verfolgt die AEI gegenüber Tiraspol eine pragmatische Politik zum Abbau von Hindernissen für eine Annäherung der beiden Gesellschaften. Voronin hatte zwar unmittelbar auf eine politische Lösung des Konflikts hingearbeitet, Transnistrien aber zugleich stärker zu isolieren versucht und damit zur Vertiefung der Trennlinien zwischen beiden Seiten beigetragen. Demgegenüber konzentriert sich die AEI stärker auf eine Bewältigung von praktischen Problemen, um die Gesellschaft und Wirtschaft beider Seiten wieder aneinander heranzuführen. Dazu sollen vor allem die bilateralen, noch von Voronin ins Leben gerufenen Arbeitsgruppen beitragen.

Zudem gibt es in Moldau keinen Konsens, wie der Transnistrienkonflikt gelöst werden soll. Besonders umstritten sind alle Konzepte, die auf einen gemeinsamen Bundesstaat hinauslaufen. Grob vereinfacht hatte die bis 2009 regierende PCRM eine solche föderative Lösung angestrebt, allerdings in einem asymmetrischen Bundesstaat, in dem Machtbefugnisse auf regionaler, nicht aber auf nationaler

Ebene geteilt würden. Für Moskau und Tiraspol hingegen kam unter einer föderalen Lösung bislang nur ein Zusammenschluss zweier grundsätzlich gleichberechtigter politischer Einheiten infrage, die beide an der Ausübung der nationalen Exekutive und Legislative mitwirken. So hatte es auch der Kozak-Plan vorgesehen. Doch eine solche Beteiligung Transnistriens an den gesamtstaatlichen Kompetenzen wird auch innerhalb der PCRM abgelehnt. Das rechte politische Spektrum, dem innerhalb der AEI vor allem die Liberale Partei und die Liberaldemokratische Partei zuzuordnen sind, während die Demokratische Partei als dritter Koalitionspartner eine Mitte-links-Position einnimmt, lehnt auch wegen der Mehrdeutigkeit des Föderationsbegriffs eine bundestaatliche Lösung überwiegend ab. Politiker und Anhänger dieses Lagers befürworten in der Regel nur einen begrenzten Autonomiestatus, der nicht grundlegend über das Statusgesetz von 2005 hinausgehen soll.

Das Links-rechts-Spektrum in Moldau erinnert nur bedingt an die programmatischen Linien in westeuropäischen Ländern. Es bestimmt sich maßgeblich über die Identität mit. Linke Akteure betonen meist eine eigenständige moldauische Identität und sehen das Land in einer Brückenfunktion zwischen Russland und der EU. Rechts wächst das Misstrauen gegenüber Russland. Hier wird Transnistrien stärker als russischer Satellit, die Führung Transnistriens weniger als legitimer Partner und dessen Abspaltung mehr als internationaler denn als nationaler Konflikt wahrgenommen. Aus dieser Sicht würde sich die Forderung nach größeren Zugeständnissen bei einem russischen Abzug und einer Demokratisierung Transnistriens von selbst erledigen. Andernfalls drohte das Erfüllen dieser Forderung von Tiraspol nur als Sprungbrett für eine noch ausgedehntere Eigenständigkeit ausgenutzt zu werden und zugleich das Funktionieren des Gesamtstaates zu gefährden. Damit verbindet sich die Sorge, dass eine Wiedervereinigung die Demokratisierung und die Westintegration Moldaus aufhalten würde. Im Allgemeinen soll die Integration in die euroatlantischen Strukturen – vor allem in die EU, zurückhaltender in die NATO, – Vorrang haben, selbst wenn dies den Verlust Transnistriens bedeuten würde. Am stärksten

Innerhalb der Koalitionsparteien besteht die Sorge, dass eine Wiedervereinigung die Westintegration Moldaus aufhalten würde. Die Integration in die euroatlantischen Strukturen soll Vorrang haben, selbst wenn dies den Verlust Transnistriens bedeuten würde.

artikuliert diese Vorbehalte die Liberale Partei des von 2009 bis 2010 amtierenden Staatspräsidenten Mihai Ghimpu, dessen Wähleranteil von etwa zehn Prozent auch weitgehend die Anhänger einer Vereinigung mit Rumänien umfasst.

In Moldau wird sich ein Konsens nicht leicht finden lassen. Die Öffentlichkeit ist kaum auf Kompromisse eingestellt. Nicht nur im rechten politischen Spektrum herrscht ein negatives Bild von den transnistrischen Eliten. Auch zwischen Voronins PCRM und Tiraspol blieb das Verhältnis nach einer anfänglichen Bereitschaft zur Annäherung von Misstrauen geprägt. Bislang betonen nur vereinzelte Stimmen wie etwa Vizeaußenminister Andrei Popov, dass eine Lösung Einigungswillen und Zugeständnisse erfordert.²⁸ Den Konflikt zu bewältigen wird auch in Moldau noch politische Überzeugungsarbeit voraussetzen. Über den notwendigen Pragmatismus und die erforderliche Durchsetzungskraft dürfte vor allem Ministerpräsident Filat verfügen. Dass er sich bereits wiederholt mit Smirnov getroffen hat – aus Anlass von Fußballspielen im Stadion des moldauischen Meisters Sheriff Tiraspol –, ist auch ein Signal der Verständigungsbereitschaft an die eigenen Bürger.

Nur vereinzelt wird betont, dass eine Lösung Zugeständnisse erfordert. Den Konflikt zu bewältigen wird auch in Moldau noch politische Überzeugungsarbeit voraussetzen.

Moldau ist heute konzeptionell nur sehr begrenzt auf eine Wiedervereinigung vorbereitet. So sind die Debatten um Transnistrien auch deshalb von einer starken Grundsätzlichkeit geprägt, weil ein vertieftes Fachwissen über die Region auf einen recht kleinen Kreis begrenzt ist. Sehr begrenzt sind auch die Kapazitäten des früheren Reintegrationsministeriums, das nach der Regierungsübernahme der AEI nun als ein Premier Filat unterstehendes Büro unter Leitung eines stellvertretenden Ministerpräsidenten agiert. Dabei sind die Umstände einer Reintegration Transnistriens schwieriger als etwa diejenigen der deutschen Wiedervereinigung. In letzterem Fall ermöglichte der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch der DDR deren Umstrukturierung nach dem Modell der westdeutschen Rechts- und

28 | Andrei Popov, „We must understand that the Transnistrian resolution process will not only mean victories, and we must say that very clearly“, *Imedia*, 04.04.2011, <http://imedia.md> [01.08.2011].

Verfassungsordnung. Die gemeinsame nationale Identität, die Attraktivität der Bundesrepublik sowie deren finanzielle Leistungsfähigkeit und -bereitschaft marginalisierten Vorbehalte und Widerstände. In Moldau hingegen müssen zwei unterschiedliche Systeme zusammengeführt werden, ohne dass eine gemeinsame Identität oder die Attraktivität eines Landesteils in ähnlich starker Weise als einigende Klammer wirken oder Chişinău zu größeren finanziellen Kompensationen imstande wäre.

VORAUSSETZUNGEN UND AUSGANGSPUNKTE EINER KONFLIKTLÖSUNG

Eine erfolgreiche Wiedervereinigung wird einerseits Verfassungsregelungen erfordern, die das Ausmaß der transnistrischen Eigenständigkeit und die Funktionsfähigkeit der Regierung in Chişinău gleichermaßen gewährleisten. Sie dürfen also keine Vetomacht Transnistriens gegenüber den gesamtstaatlichen Institutionen begründen. Andererseits wird sie eine demokratische Transformation innerhalb Transnistriens voraussetzen. Andernfalls könnte eine Situation eintreten, in der transnistrische Akteure zwar über nationale Wahlen die Mehrheitsbildung in Chişinău mitbestimmen können, während die übrigen moldauischen Parteien keinen vergleichbaren Zugang zur politischen Willensbildung in Transnistrien erlangen. Das könnte zur politischen Destabilisierung des Landes beitragen.

Zudem ist eine Vielzahl von Einzelfragen zu klären, die Chişinău und Tiraspol bilateral, vor allem in den einzelnen Arbeitsgruppen lösen müssen. Diese arbeiten insbesondere zu den Themen Wirtschaft und Handel, Landwirtschaft, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Kommunikation, während sich in den kontroverseren Bereichen Sicherheit, Demilitarisierung und Bildung – wo sich insbesondere die Sprachenfrage stellt – bislang kaum Fortschritte abzeichnen.²⁹ Für die meisten dieser Einzelprobleme empfiehlt sich ein schrittweiser Ansatz, der praktische Lösungen vor und unabhängig von einer endgültigen

Eine Vielzahl bilateral zu verhandelnder Einzelfragen ist zu klären. In den kontroverseren Bereichen Sicherheit, Demilitarisierung und Bildung zeichnen sich bislang kaum Fortschritte ab.

29 | George Bălan, *Place of the Confidence Building Process in the Policy of Solving the Conflict in the Eastern Region of Moldova: Case Study*, Institute for Public Policy, Chişinău 2010, 9-17, http://www.ipp.md/public/files/publication/Balan_EN.pdf [18.08.2011].

Regelung der Statusfrage anstrebt. Die politisch sensiblen Fragen müssten abschließend vermutlich jedoch im Zuge einer Gesamtlösung geklärt werden, weil die Kompromisse, die die Akteure dabei eingehen, sich gegenseitig bedingen. Neben dem Status Transnistriens zählen dazu Eigentumsrechte, gegebenenfalls Sicherheitsgarantien für die transnistrische Führung sowie die Demilitarisierung Transnistriens und die Neutralität Moldaus. Hinzu kommt die Begleichung der Gasschulden Tiraspol, die Moldau aus eigener Kraft kaum leisten kann.

Die Zustimmung Russlands zu einer Konfliktlösung wird ein Festhalten Moldaus an dem bestehenden Neutralitätsstatus voraussetzen. Nicht die europäische Integration, aber ein möglicher NATO-Beitritt würde dadurch verhindert. Zwar genießt der Neutralitätsstatus in Moldau bereits einen besonderen verfassungsrechtlichen Schutz, doch konnte die Verfassungskrise – in deren Verlauf die Koalition zeitweilig auch die Annahme einer neuen Verfassung durch Referendum erwog –, die dauerhafte Geltung dieser Bestimmung zweifelhaft erscheinen lassen. Da eine Bestätigung der moldauischen Neutralität für Russland auch aus innenpolitischen Gründen relevant ist, könnte Moskau auf internationale Garantien drängen.³⁰

Russische und transnistrische Bedenken hinsichtlich einer möglichen Vereinigung mit Rumänien ließen sich ausräumen, indem Transnistrien für den Fall einer Aufgabe der eigenstaatlichen Souveränität Moldaus ein Sezessionsrecht zugesichert wird.

Russische und transnistrische Bedenken hinsichtlich einer möglichen Vereinigung mit Rumänien ließen sich ausräumen, indem Transnistrien für den Fall einer Aufgabe der eigenstaatlichen Souveränität Moldaus ein Sezessionsrecht zugesichert wird, wie dies bereits bei der gesetzlichen Regelung des Status der autonomen Region Gagausien geschehen ist.³¹

Die Frage der Demilitarisierung betrifft die russische Truppenpräsenz ebenso wie die militärischen und paramilitärischen Kräfte Transnistriens. Dass sich russische Truppen in der Region befinden, wird mit zwei unterschiedlichen Gründen gerechtfertigt. Ein Kontingent bewacht Restbestände von Munitionsdepots, die aus sowjetischer Zeit

30 | Vgl. Stefan Wolff, „Guarantee Options for a Settlement of the Conflict over Transnistria“, <http://stefanwolff.com/projects/guarantee-options-for-a-settlement-of-the-conflict-over-transnistria> [18.08.2011].

31 | Law on special legal status of Gagauzia, Chişinău, 23.12.1994, Artikel 1 (4).

verblieben sind. Dieser Präsenz fehlt eine Rechtsgrundlage, und sie fällt auch zweifellos unter die Verpflichtungen von Istanbul; Russland hat sich jedoch bislang zum einen auf Probleme berufen, die Munition zu verlegen, und zum anderen auf die fehlende Zustimmung der transnistrischen Autoritäten dafür. Ein zweites Kontingent ist in der Region als „Friedenstruppe“, deren Präsenz Moldau ablehnt und als illegal betrachtet, nach russischer Lesart aber nicht unter die Verpflichtungen von Istanbul fällt und durch das Waffenstillstandsabkommen von 1992 legitimiert ist.

Seit dem Juschtschenko-Plan wurde wiederholt angeregt, die russische Truppenpräsenz durch eine internationale Mission unter dem Dach der OSZE zu ersetzen. Das Meseberger Memorandum enthält auch einen allgemeinen

Das Meseberger Memorandum enthält auch einen allgemeinen Hinweis auf die Möglichkeit gemeinsamer ziviler und militärischer Krisenmanagement-Operationen der EU und Russlands.

Hinweis auf die Möglichkeit gemeinsamer ziviler und militärischer Krisenmanagement-Operationen der EU und Russlands. Obwohl an dieser Stelle auf Transnistrien nicht explizit Bezug genommen wird, könnte eine solche Mission nicht nur eine Übergangslösung nach einer Wiedervereinigung Moldaus darstellen. Sie könnte bereits vor einer endgültigen Konfliktlösung einen bedeutsamen Beitrag zur Vertrauensbildung leisten. Russland hat bislang stets erklärt, an der Präsenz seiner „Friedenstruppe“ bis zu einer endgültigen Konfliktlösung festzuhalten. Ob es dabei zu Kompromissen bereit wäre, hinge vermutlich auch davon ab, ob die NATO im Gegenzug zu Zugeständnissen bei den Verpflichtungen von Istanbul und dem AKSE-Vertrag bereit wäre. Darüber hinaus würde eine Konfliktlösung die Demilitarisierung und berufliche Wiedereingliederung von mehreren tausend Angehörigen der transnistrischen Sicherheitskräfte erfordern, was die Ressourcen übersteigt, die Moldau allein zur Verfügung stehen.

Neben einer Fortdauer der russischen Truppenpräsenz dürfte Tiraspol in den Verhandlungen an zwei grundsätzlichen Forderungen festhalten. Die erste besteht in der Aufhebung des moldauischen Gesetzes von 2005 über den Status Transnistriens. Moldau kann demgegenüber zwar Modifikationen an diesem gesetzlichen Rahmen bei einer endgültigen Konfliktlösung schwerlich ausschließen. Doch wäre ein solcher Schritt für die AEI innenpolitisch kaum durchsetzbar. Für Chişinău ist damit zudem die Befürch-

tung verbunden, Verhandlungsspielräume über ein an sich akzeptables Maß hinaus zu eröffnen – und sich dabei gegebenenfalls unter Druck setzen zu lassen. Zweitens wird Tiraspol auf einer strikten Gleichrangigkeit beider Seiten bestehen. Diese Forderung kann Chişinău jedoch nur für den Rahmen der 5+2-Verhandlungen zugestehen, da ein weitergehendes Zugeständnis als Präjudiz für eine von Tiraspol präferierte Föderation zweier gleichberechtigter Gliedstaaten gelten kann.

Erschwert werden Fortschritte von der Vielzahl an Dokumenten und Vereinbarungen, die die vorangegangenen Verhandlungen zum Konflikt in unterschiedlichen Formaten produziert haben. Sie komplizieren die Ausgangslage und haben zur Folge, dass neue Vorschläge selbst bei gutem Willen der Beteiligten innerhalb der 5+2-Verhandlungen einen erheblichen Klärungsbedarf aufwerfen. Dabei sind von Tiraspol und Chişinău aufgrund der offenen politischen Lage in beiden Landesteilen und der begrenzten Verhandlungsmacht Moldaus zunächst kaum weitgehende Initiativen zu erwarten. Eine umso wichtigere Rolle kommt den internationalen Akteuren zu – vor allem Brüssel, Berlin und Moskau. Von ihrem Verständigungswillen hängen die möglichen Ergebnisse der 5+2-Verhandlungen weitgehend ab.

Von Tiraspol und Chişinău sind aufgrund der jeweils offenen politischen Lage zunächst kaum weitgehende Initiativen zu erwarten. Eine umso wichtigere Rolle kommt internationalen Akteuren zu.

Sofern dieser Verständigungswille gegeben ist, kann die Wiederaufnahme der 5+2-Verhandlungen wegweisende Impulse setzen – wenn es gelingen würde, in ihnen eine Einigung auf grundlegende Prinzipien einer Konfliktlösung zu finden. Solange die fundamentalen Gegensätze zwischen den Konfliktparteien nicht überwunden werden, bleibt kaum Raum für konstruktive Verhandlungen. Dieser Raum wird sich vielmehr nur auf praktische Einzelfragen beschränken, an denen Chişinău wie Tiraspol ein Interesse haben. Im Kern müssten solche Prinzipien einen funktionsfähigen moldauischen Gesamtstaat gewährleisten und eine symmetrische Föderation ausschließen. Eine solche Einigung würde jedoch voraussetzen, dass vor allem die Maximalforderungen Tiraspol ausgeschlossen würden, die entweder auf die eigene Unabhängigkeit oder die Vereinigung zweier gleichberechtigter Gliedstaaten zielen, was wiederum Unterstützung und Zugeständnisse Russlands

voraussetzt. Moskau müsste also an einer Verständigung mit der EU ein größeres Interesse haben als am Erhalt des Status Quo oder der Absicherung des eigenen Einflusses in Moldau. Nach den Erwartungen, die Medwedew mit dem Meseberger Memorandum geweckt hat, wäre eine solche Einigung jedoch nur der nächste logische Schritt. Damit würde noch keine endgültige Lösung gefunden oder vorweggenommen, aber deren Rahmenbedingungen abgesteckt und eine inhaltliche Agenda für den weiteren Ablauf des Verhandlungsprozesses gesetzt.

DREI STRATEGIEN

Die 5+2-Verhandlungen können schon jetzt grundlegende Weichen stellen. Eine endgültige Beilegung des Konfliktes wird aber Zeit in Anspruch nehmen. Sie sollte einem doppelten Ansatz folgen: Während durch die 5+2-Gespräche grundlegende Prinzipien im Sinne eines *Top-down*-Ansatzes präzisiert werden, sollten die einzelnen Lösungen schrittweise im Sinne eines *Bottom-up*-Ansatzes gefunden werden. Ein solcher Prozess lässt den Entwicklungen in beiden Landesteilen Raum für die notwendige Anpassung und den Aufbau gegenseitigen Vertrauens. Eine schnelle Wiedervereinigung würde die Integrationsfähigkeit Moldaus überfordern und die gegenwärtige Reintegrierbarkeit Transnistriens überschätzen. Um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Vereinigung zu erreichen, wird es des Zusammenspiels dreier verschiedener, aber aufeinander abgestimmter Strategien bedürfen: erstens der politischen Konsolidierung und EU-Integration Moldaus, zweitens einer Strategie des Engagements gegenüber Transnistrien und drittens einer Verständigung mit Russland.

Eine endgültige Beilegung des Konfliktes wird Zeit in Anspruch nehmen. Eine schnelle Wiedervereinigung würde die Integrationsfähigkeit Moldaus überfordern und die gegenwärtige Reintegrierbarkeit Transnistriens überschätzen.

Die politische Konsolidierung und EU-Annäherung Moldaus sollte Vorrang vor einem schnellen Vereinigungsprozess haben. Das wird eine Konfliktlösung nicht aufhalten, sondern ihre Rahmenbedingungen vielmehr in vierfacher Hinsicht verbessern. Erstens wird nur so zu verhindern sein, dass die Reformprozesse in Moldau durch eine Wiedervereinigung nicht entscheidend aufgehalten werden, sondern sich dann auch im Gesamtstaat vollziehen. Fortschritte bei der EU-Integration werden sich in Moldau nicht in der

Übernahme der relevanten Teile des *Acquis* erschöpfen. Zur tatsächlichen Implementierung müssen administrative Kapazitäten oft erst noch geschaffen werden. Für eine nachhaltige Reformpolitik braucht die Koalition eine politische Stabilisierung, die größere Planungshorizonte eröffnet. Eine stabilere Regierung in Chişinău vereinfacht zweitens die Ausgangslage für Verhandlungen. Denn die Ungewissheit, wer in absehbarer Zeit in Moldau regiert und welche Politik dann verfolgt wird, erschwert die Entscheidungsprozesse auch in Russland.

Drittens wird die europäische Integration Moldaus die Verhandlungssituation vereinfachen. Da dieses Ziel in der moldauischen Gesellschaft breite Unterstützung über die AEI hinaus und bis in die Reihen der PCRM findet, dürfte die Vertiefung der europäischen Integration zunehmend irreversibel werden. Spätestens wenn es zum Abschluss des derzeit

Chişinău wird mit der Vertiefung der europäischen Integration auch in Transnistrien an Attraktivität gewinnen. Ein besserer Zugang zum EU-Markt ist für die wirtschaftlichen Akteure in Transnistrien von großem Interesse.

verhandelten Assoziierungsabkommens mit der EU kommt, würden alternative Integrationsmodelle wie die russisch-belarussisch-kasachische Zollunion für Moldau hinfällig. Viertens wird Chişinău mit der Vertiefung der europäischen Integration auch in Transnistrien an Attraktivität gewinnen. Für Transnistrien kann die europäische Integration nicht nur eine bessere Gewähr für den Schutz eigener Rechte in einem wiedervereinigten Moldau bieten. Vor allem ist ein besserer Zugang zum EU-Markt für die wirtschaftlichen Akteure in Transnistrien von großem Interesse.

Eine Strategie des Engagements gegenüber Transnistrien kann Vertrauen schaffen, den politischen Wandel und die Demokratisierung der Region fördern. Ansätze zur Isolation Transnistriens haben zur Verfestigung von Feindbildern beigetragen und die Legitimationsgründe der Sezession gestärkt. Eine Öffnung der Region wird hingegen einen gegenteiligen Effekt nach sich ziehen. Für die EU bieten wirtschaftliche Interessen innerhalb Transnistriens Ansatzpunkte, um durch die Unterstützung von Investitionen und den Abbau von Handelshemmnissen eine größere Öffnung zu erreichen, die vorhandenen Reformkräfte zu stärken – und den legalen Warenaustausch gegenüber dem Schmuggel zu fördern. Diesen Weg hat die EU bereits eingeschlagen. Damit sich der politische Wandel in Tiraspol

jedoch nicht in einem Elitenwechsel erschöpft, sollten zentrale Forderungen der wirtschaftlichen Akteure in Transnistrien – wie die Garantie von Eigentumsrechten im Rahmen einer endgültigen Konfliktlösung – mit der Bedingung nachhaltiger Reformen in Transnistrien verknüpft bleiben. Letztlich sind politischer Wandel und die Öffnung der Region die wichtigsten Voraussetzungen für eine Lösung des Konflikts.

Eine Konfliktlösung wird sich nur gemeinsam mit Russland finden lassen. Moskau wird einer Konfliktlösung nicht nur zustimmen müssen, sie hängt auch von seiner Unterstützung des Vereinigungs- und Reformprozesses in Transnistrien mit ab. Sollte die europäische Integration Moldaus unumkehrbar erscheinen und Chişinău an seinem Neutralitätsstatus festhalten, wird dies zwar den strategischen Wert Transnistriens für Russland reduzieren. Eine Konfliktlösung wird aus russischer Sicht gleichwohl erhebliche Zugeständnisse erfordern. Dennoch könnte das Angebot eines gemeinsamen EU-R-PSK russische Vorbehalte überwiegen, wenn es mit substantziellen Fortschritten für eine Konfliktlösung verknüpft bleibt. Das müsste bedeuten, dass es in den 5+2-Verhandlungen zu einer grundlegenden Verständigung über die Prinzipien einer Konfliktlösung kommt, die einen funktionsfähigen moldauischen Gesamtstaat gewährleisten. Erst dies würde die erforderliche Zustimmung innerhalb der EU für die Errichtung des EU-R-PSK sichern und dieses Gremium mit einer konkreten Agenda versehen. Es dürfte aber auch problematisch sein, seine Errichtung erst mit einer endgültigen Konfliktlösung zu verknüpfen, da der Zeithorizont dafür das Angebot wieder entwerten könnte. Daher würde sich im späteren Prozess der Konfliktbewältigung die Frage stellen, welche weitergehenden Kompromisse bei der russischen Truppenpräsenz in Transnistrien und der Rüstungskontrolle im euroatlantischen Raum sowie auch hinsichtlich der europäischen Sicherheitsarchitektur insgesamt möglich werden.